

Es gilt das gesprochene Wort!

**Annelie Buntenbach
Geschäftsführender Bundesvorstand des
Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Presse-Statement

**zum Abschlussbericht der
Reform-Kommission
„Für ein solidarisches Gesundheitssystem
der Zukunft“**

**„Bürgerversicherung statt Kopfpauschale.
Gemeinsame Erklärung für ein solidarisches
Gesundheitssystem der Zukunft“**

Berlin, 13. Dezember 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Reform-Kommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“ legt heute ihren Abschlussbericht vor.

Wir freuen uns, dass wir den Kommissionsbericht – wenige Tage vor den abschließenden Beratungen der Gesundheitsreform im Bundesrat – der Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Hannelore Kraft, überreichen können.

Die Reform-Kommission aus DGB, Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaft vereint einen breiten gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch mit wissenschaftlichem Know-how.

Die Reform-Kommission verkörpert einen gesellschaftlich fest verankerten politischen Konsens – und der lautet:

Wir wollen keine Kopfpauschale – wir brauchen die Bürgerversicherung.

Der Bericht der Reform-Kommission belegt: Die Kopfpauschale, die CDU, CSU und FDP den 70 Millionen Versicherten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufdrücken wollen, ist weder mehrheitsfähig noch zukunftsfähig. Die Kopfpauschale ist weder sozial noch ökonomisch sinnvoll oder nachhaltig. Und die Kopfpauschale ist in hohem Maße ungerecht.

Die Kopfpauschale ist nichts anderes als eine Umverteilungsmaschine zu Lasten der Versicherten und speziell der Geringverdienenden sowie Rentnerinnen und Rentner.

Durch das – von CDU/CSU und FDP gewollte – Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge müssen die Versicherten alle künftigen Kostensteigerungen in der GKV komplett allein bezahlen.

Damit regieren CDU/CSU und FDP über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg. Gesundheitsminister Rösler ist nicht der Minister der Versicherten – er ist der Pate der Wirtschaft, der Arbeitgeber, der Versicherungskonzerne.

Der Kommissionsbericht legt offen, was dies für die Versicherten bedeutet:

Nach den Plänen der Koalition wäre schon im Jahr 2020 eine zusätzliche Durchschnittspauschale von 56 Euro im Monat für alle Versicherten fällig, wenn die Ausgaben der GKV nur zwei Prozent über den Einnahmen liegen.

2025 wären es 97 Euro zusätzlich im Monat. Dann hätten übrigens alle GKV-Mitglieder Anspruch auf den theoretischen Sozialausgleich.

Die Gesundheitsreform der Koalition bedeutet für einen Durchschnittsverdiener mit einem Einkommen von 2.500 Euro, dass er zusätzlich zu dem monatlichen Krankenkassenbeitrag von 205 Euro mindestens 600 Euro im Jahr – ohne einen Ausgleich – zuzahlen müsste.

Die Kopfpauschale ist doppelt ungerecht, denn sie funktioniert nach dem Prinzip: Wer am wenigsten hat, wird am stärksten belastet.

So entspricht die von der Bundesregierung selbst prognostizierte Durchschnittspauschale von 16 Euro im Jahr 2014 zum Beispiel für eine Rentnerin mit einem Einkommen von 800 Euro einer Steigerung der Belastung um knapp 25 Prozent – und zwar ohne einen Cent Ausgleich.

$800 \text{ €} / 8,2\% = 65,60 \text{ €} + 16 \text{ €} = 81,60 \text{ €}$

Für Gutverdienende an der Beitragsbemessungsgrenze beträgt die Mehrbelastung dagegen nur fünf Prozent. Gerecht geht anders.

Die Reform-Kommission aus Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaft lehnt die von Schwarz-Gelb geplante Einführung von einkommensunabhängigen Zusatzbeiträgen und das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge kategorisch ab – und: Wir werden auch nicht lockerlassen.

Denn die Stunde der Wahrheit schlägt im Wahljahr 2013, wenn Millionen Versicherte die Kopfpauschalen zahlen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kommissionsbericht zeigt: Es gibt eine Alternative – und die soziale Bürgerversicherung ist die bessere Alternative.

Nur mit der Bürgerversicherung lässt sich die chronische Einnahmeschwäche der – an sich bewährten – solidarischen Finanzierung der GKV nachhaltig kurieren.

Die Kommission kommt deshalb zu dem Schluss, dass folgende Reformschritte sinnvoll und notwendig sind:

1. Wir brauchen ein Solidarsystem für Alle

Künftig sollen alle Bürgerinnen und Bürger unter einem Dach solidarisch versichert werden.

2. Wir brauchen eine Ausweitung der Bemessungsgrundlagen

Wir wollen die Bemessungsgrundlagen gerechter gestalten, damit das Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei der Finanzierung der GKV besser zum Tragen kommt.

Dazu wollen wir auch andere Einkommensarten, also Kapitaleinkünfte, einbeziehen – ohne allerdings Kleinsparer zu belasten.

3. Wir brauchen die vollständige paritätische Beitragsfinanzierung durch die Arbeitgeber. Die Parität hat sich durch den Arbeitnehmer-Sonderbeitrag von 0,9 Prozentpunkten deutlich zu Lasten der GKV-Mitglieder verschoben.

Die Versicherten zahlen zusätzlich Zuzahlungen und Praxisgebühren – und so insgesamt 15 Milliarden Euro im Jahr mehr als die Arbeitgeber, die nur noch 40 Prozent der Ausgaben tragen.

Wir fordern deshalb die volle Parität.

Allein dadurch könnte den 70 Millionen Versicherten die von der Koalition geplante Beitragsanhebung auf 8,2 Prozentpunkte zum 01. Januar 2011 erspart bleiben – im Gegenteil: Der Beitragsatz der Versicherten könnte sogar von aktuell 7,9 auf 7,75 Prozentpunkte abgesenkt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie finden im Kommissionsbericht eine Reihe von Optionen, wie diese Kernpunkte umgesetzt werden können. Durch eine Kombination der Optionen ist ein finanzieller Gestaltungsspielraum möglich, der einer Beitragssatzsenkung von 2,2 Prozentpunkten entspricht.

Ich sagte es eingangs: Wir werden nicht lockerlassen. Und es wird dem Gesundheitsminister nicht viel helfen, dass die Kopfpauschale – aufgrund der kräftigen Beitragsanhebung – im nächsten Jahr noch nicht zum Vorschein kommt.

Wenn dieses Gesetz zum 01.01.2011 in Kraft tritt, wird die Kopfpauschale kommen, spätestens ab 2012 – und im Wahljahr 2013 werden die Wählerinnen und Wähler entscheiden.

Wir werden die Zeit nutzen, um die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären, was durch die schwarz-gelbe Gesundheitsreform auf sie zukommt.

Wir werden gleichzeitig für die solidarische Alternative, die soziale Bürgerversicherung, werben.

Die Reform-Kommission hat sich als Ort der gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Debatte bewährt und etabliert.

Wir haben uns darauf verständigt, die Debatte fortzusetzen und zu öffnen, um die verschiedenen Bausteine im Detail auszuarbeiten und der Politik konkrete Reformschritte für eine solidarische Weiterentwicklung der GKV vorzulegen.

Vielen Dank.